

Stellungnahme der herausgebenden Institute / Vorstellung auf der Bundespressekonferenz

SPERRVERMERK, 4. Juni 2019, 10:30 Uhr

Friedensgutachten 2019 \ Die Bundesregierung muss mehr friedenspolitische Initiative ergreifen – gegen nukleare Aufrüstung und militärische Eskalation

Unsere Analyse: Vorwärts in die Vergangenheit

Die aktuelle Friedens- und Sicherheitspolitik bewegt sich vorwärts in die Vergangenheit. Das ist die Bilanz des Friedensgutachtens 2019.

Globale Institutionen und Regeln, die das friedliche Zusammenleben weltweit zu sichern helfen, werden über Bord geworfen: Die Kriege im Jemen und in Syrien und die Krise der Rüstungskontrolle zeigen, wie bedrohlich diese Entwicklung ist. Die Kriegsparteien in Syrien und im Jemen missachten Spielregeln des gewaltfreien Konfliktaustrags. Das Vertrauen in internationale Verträge geht verloren, wenn Vereinbarungen wie der INF-Vertrag (Intermediate Range Nuclear Forces) oder das Nuklearabkommen mit dem Iran aufgekündigt werden. Die russische Annexion der Krim steht für einen Bruch des Völkerrechts. Das humanitäre Völkerrecht und grundlegende Menschenrechte sind weltweit in Gefahr. Insbesondere die Großmächte, allen voran die Vereinigten Staaten von Amerika (USA), entziehen den Vereinten Nationen zunehmend die politische und finanzielle Unterstützung für ihre zentralen Aufgaben in der Friedenssicherung. Das Friedensprojekt Europa ist vom Zerfall der internationalen Ordnung und ihrer Regeln besonders betroffen. Es hat nach innen und nach außen massiv an Glaubwürdigkeit und Gestaltungskraft verloren.

Unsere Botschaft: Frieden braucht Partner

Das Friedensgutachten 2019 fordert die Bundesregierung auf, internationale Friedenspolitik innovativ und tatkräftig zu gestalten. Friedenspolitik braucht neue Partner. Deutschland muss neue strategische Bündnisse schmieden, um zu verhindern, dass die Staatengemein-

schaft auseinanderfällt und internationale Regeln weiter geschwächt werden. Deutsche Außenpolitik muss vorwärtsgerichtet handeln. Sie muss neue Partner identifizieren und mit ihnen Koalitionen und auch unkonventionelle Formate der Kooperation entwerfen.

Diese Partner können Staaten sein, mit denen Deutschland strategische Allianzen bildet, um konkrete Initiativen voranzubringen. So könnten Allianzen die bisherige Stabilisierungspolitik neu auf die Lösung der Konfliktursachen ausrichten, oder sie könnten nach Lösungswegen suchen, wie es der internationalen Staatengemeinschaft gelingen kann, Hassrede im Internet zu ächten und zu verbieten.

Zugleich gehören bestehende Partnerschaften auf den Prüfstand: So ist es in Mali, wo eine Regierung zu Gewalt und Repression beiträgt, problematisch, sich allein auf staatliche Akteure als Partner zu stützen. In solchen Fällen gilt es, neue Kooperationen auch mit nichtstaatlichen Akteuren zu einzugehen. Auch gilt es, sogenannte Migrations- und Mobilitätspartnerchaften mit autoritären Regimen zu beenden, wenn sie selbst zu Repression und Menschenrechtsverletzungen beitragen.

Unsere Stellungnahmen zu zentralen Fragen der Friedenspolitik

1. Rüstungskontrollverträge erhalten und im Streit um die nukleare Abrüstung vermitteln

Unser Friedensgutachten stellt in diesem Jahr eine gefährliche Entwicklung in den Fokus: Die Krise der nuklearen Rüstungskontrolle. Bedeutende Abkommen der Vergangenheit werden gekündigt. Die Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrags 2020 droht schon im Vorfeld zu scheitern. Dies gilt vor allem für bedeutende Abrüstungsabkommen zwischen den USA und Russland. Die Konsequenz aus alledem: Ein neues Wettrüsten wird befeuert, Spannungen zwischen Abrüstungsgegnern und -befürwortern nehmen deutlich zu.

Umso wichtiger ist es, am Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt festzuhalten: Wir fordern von der Bundesregierung, sich aktiv für den Erhalt der nuklearen Rüstungskontroll- und Nichtverbreitungsverträge einzusetzen. Mit ihrem Festhalten am Iran-Abkommen hat die Bundesregierung gezeigt, dass sie sinnvolle Maßnahmen zur nuklearen Nichtverbreitung und Abrüstung auch gegen den Willen der USA und in ungewohnter internationaler Konstellation durchsetzen will. Diesen Weg sollte sie konsequent fortsetzen.

Mit nichtnuklearen europäischen NATO (North Atlantic Treaty Organization)-Staaten sollte die Bundesrepublik dafür eintreten, die Rolle von Nuklearwaffen in der NATO-Strategie zu reduzieren. Sie sollte zudem für eine Verständigung zwischen Gegnern und Befürwortern des Atomwaffenverbotsvertrags werben. In Europa sollte Deutschland zwischen Befürwortern

und Kritikern nuklearer Abschreckung vermitteln. Die Europäische Union (EU) muss wieder zu einer glaubwürdigen Stimme im nuklearen Abrüstungsdiskurs werden.

2. Für Europas eigene Sicherheit: militärische Risiken zwischen NATO und Russland abbauen

Die Sicherheitslage in Europa verschlechtert sich zusehends. Seit Beginn des Ukraine Konflikts setzen NATO und die Russische Föderation auf den Wiederaufbau konventioneller Abschreckung, insbesondere im Baltikum und in der Schwarzmeer-Region. Bewährte Mechanismen der Zusammenarbeit, die Europas Sicherheit bislang geschützt haben, zerfallen. Etwa Abkommen, die regeln, dass die europäischen NATO-Staaten und Russland regelmäßig Informationen austauschen und Militärinspektionen zulassen. Seit der Suspendierung des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) im Jahr 2007 fehlen verlässliche Vertragswerke als Basis. Ein Grund dafür ist das zunehmende Misstrauen auf beiden Seiten.

Um eine weitere Erosion der Beziehungen zwischen der NATO und Russland zu verhindern, sollte die deutsche Außenpolitik den informellen Strukturierten Dialog über konventionelle Rüstungskontrolle im Rahmen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) fortführen und zusätzlich auf militärische Risikominimierung und subregionale Konfliktbearbeitung setzen. Wir brauchen zur weiteren Bearbeitung der Konflikte im postsowjetischen Raum Verfahren, bei denen politische und territoriale Statusfragen ausgeklammert werden. Für eine wirksame Strategie der Risikobegrenzung auf allen Ebenen ist ein politischer Dialog mit Russland auf höchster Ebene notwendig.

3. Multilaterale Rüstungsexportkontrollen stärken

Wir begrüßen den derzeitigen Rüstungsexportstopp nach Saudi-Arabien. Er muss eine dauerhafte Abkehr von deutschen Waffenexporten in autoritäre Staaten und in Spannungsgebiete einleiten. Die Bundesregierung sollte sich zusammen mit ähnlich gesinnten Staaten für eine Stärkung der multilateralen Rüstungsexportkontrolle einsetzen. Hierzu sollte sie in der EU und im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN) für ein Waffenembargo gegen alle Kriegsparteien im Jemen eintreten.

4. Stabilisierung von Konfliktregionen: Deutschland sollte andere Prioritäten setzen

Die Zahl der Gewaltkonflikte ist unverändert hoch. Neben staatlichen Akteuren ist auch eine Vielzahl nicht-staatlicher Akteure beteiligt. Die aktuelle Politik der Stabilisierung, unter der westliche Staaten und internationale Organisationen ihre militärischen, polizeilichen, diplomatischen und entwicklungspolitischen Interventionen in Gewaltkonflikte bündeln, richtet sich aber in erster Linie auf die Stärkung staatlicher Sicherheits- und Verwaltungsorgane. Diese Politik ist kontraproduktiv. Denn: die Belange der Bevölkerung in Konfliktgebieten werden zu wenig berücksichtigt.

So zielt die deutsche Stabilisierungspolitik in Mali insbesondere auf die Stärkung der mali-schen Sicherheitskräfte ab. Diese aber haben wiederholt massive Menschenrechtsverletzungen begangen und erheblich zur Gewalteskalation beigetragen. Ein Stabilisierungsansatz, der die Regierung als Partner stärkt, obwohl diese hauptverantwortlich für bestehende Instabilität ist, kann nicht erfolgreich sein. Deshalb muss die Zusammenarbeit mit dem malischen Staat neu ausgehandelt und durch eine Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und mit lokalen Gemeinschaften ergänzt werden. Die Sicherheit der Bevölkerung muss stets Priorität haben.

5. Migrationspartnerschaften nicht auf Kosten der Menschenrechte

Die Zahl der Geflüchteten, Asylsuchenden und Binnenvertriebenen verdoppelte sich zwischen 2007 und 2017. Geflohene bleiben oftmals auch in Aufnahme-regionen Gewalt und Ausgrenzung ausgesetzt. Wir fordern ein Ende der migrationspolitischen Kooperation der EU mit autoritär-repressiven Regimen. Die EU hat die tödlichste Außengrenze der Welt. Ein umfassendes „Non-Entrée-Regime“ prägt diese Grenze. Hierzu gehören sogenannte Migrations- und Mobilitätspartnerschaften mit autoritär regierten Transit- und Herkunftsstaaten wie Libyen, dem Sudan oder der Türkei. Hier muss umgesteuert werden. Auf globaler Ebene müssen finanzkräftige Staaten gemeinsam der dramatischen Unterfinanzierung des VN-Flüchtlingskommissariats entgegenwirken. Vor allem aber sollte die Bundesregierung in der EU für legale Zugangsmöglichkeiten werben. Ein wichtiger Schritt ist die Initiative für ein humanitäres europäisches Visum, die das Europäische Parlament im Dezember 2018 auf den Weg brachte.

6. Stillstand der Vereinten Nationen überwinden: Strategische Allianzen bilden

Die Vereinten Nationen sind geschwächt. Zum einen durch die Konfrontation der politischen Großmächte, die durch ihr Veto Entscheidungen im Sicherheitsrat verhindern. Zum anderen, weil die USA den Vereinten Nationen ihre politische und finanzielle Unterstützung verwehren. Außerdem gibt es immer wieder Widersprüche und Zielkonflikte bei Einsätzen, die Krisenregionen stabilisieren oder Konflikte beenden sollen. Diese Probleme lassen sich nicht durch einen ständigen deutschen Sitz im Sicherheitsrat lösen. Stattdessen fordern wir, dass die Bundesregierung ihre Energien in strategische Partnerschaften investiert, um die gegenwärtige politische Blockade in friedenspolitisch zentralen Fragen in den VN zu überwinden. Die sogenannte Like-Minded-Initiative von Außenminister Heiko Maas, die pro-europäisch ausgerichtete Länder in der EU zusammenbringt, setzt hier programmatisch an. Strategische Partnerschaften können auch dabei helfen, dringende Reformen in den Arbeitsweisen der VN auf den Weg zu bringen. Das Ziel muss sein, das multilaterale Regelwerk der VN zu sichern und zu stärken.

7. Internationale Partnerschaften gegen Hassrede – aber nicht um jeden Preis

Soziale Medien werden genutzt, um Menschen politisch zu radikalisieren und um demokratische Wahlen zu manipulieren. Wir brauchen internationale Partnerschaften und Regeln, um das zu verhindern. Die Bundesregierung muss sich für die Regulierung des Digitalen, etwa für Initiativen gegen Hassrede auf EU- und VN-Ebene einsetzen – dies aber in den engen Grenzen von Freiheits- und Datenschutzrechten und nur mit ausgewählten Partnern.

Der von VN-Generalsekretär António Guterres initiierte zukünftige Aktionsplan gegen die Verbreitung von Hass ermöglicht neue Allianzen. Die Bundesregierung sollte sie aktiv mitgestalten. EU-weit ist Primärprävention ein Gebot der Stunde. Das bedeutet mehr Mittel für Praxisinitiativen und Forschung bei politischer Bildung und Medienkompetenz, aber auch in Bildungseinrichtungen und im Strafvollzug. Bei der Zusammenarbeit des Staates mit internationalen Konzernen der sozialen Medien schadet die Übertragung von zu viel Verantwortung auf die Konzerne mehr, als dass sie nützt.

Schlussfolgerungen

Der Bundesregierung bieten sich viele Möglichkeiten, entschlossen für Frieden und Sicherheit einzutreten. Zusammen mit neuen und alten Partnern kann Deutschland Allianzen und Kooperationen eingehen – in der nuklearen Rüstungskontrolle und Abrüstung, bei der Stabilisie-

rung von Kriegs- und Nachkriegsgesellschaften, im Konflikt zwischen NATO und Russland, beim Kampf gegen Fluchtursachen, für eine Reform der VN und gegen Hassrede und Wahlkampfmanipulation im Internet. Dazu bedarf es Mut und tatkräftiges Handeln, um das Vertrauen in multilaterale Vereinbarungen und Institutionen wiederherzustellen.

Die herausgebenden Institute

Bonn International Center for Conversion (BICC)

Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)

Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)

Kontakt

Barbara Dörrscheidt

Ansprechpartnerin für Presseanfragen

doerrscheidt@hsfk.de

Telefon +49 69 959104-13

Vera Klopprogge

Verantwortlich für die Öffentlichkeitsarbeit

klopprogge@hsfk.de

Telefon +49 69 959104-983

www.friedensgutachten.de

Twitter: [@PeaceReport](https://twitter.com/PeaceReport) #friedensgutachten2019